

Deutschland.

Berlin, 18. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Lüh, Kreis Deutsch-Grone, die Schwerter, sowie die Schwerter am Ringe zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Johanniter-Kreuz am weißen Bande mit schwarzer Einfassung; dem Stabsarzt Scheller beim Medicinal-Stabe der Armee und dem Geheimen Rechnungsrath Dr. Dunder zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsrath Schneider bei der Ober-Rechnungs-Kammer zu Potsdam den rothen Adler-Orden 4. Klasse verliehen; den bisherigen Landrath des Kreises Ohlau, v. Brittwitz, zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren; so wie den Geheimen Regierungsrath Dr. Dunder zum Director der Staatsarchiv; desgleichen den Staatsanwalt Günther zum Kreisgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Der Berg- und Hütten-Glebe Hermann Kahlen zu Bonn, sowie die Berg-Referendarien Adolph Wiebecke zu Halle a. S., Hermann Brasse zu Bonn, Alfred Fries zu Breslau, Emil Krabler zu Saarbrücken und Alexander Moede zu Breslau sind zu Berg-Inspektoren ernannt worden. Der Kreisrichter Hiller in Arzbesino ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Lüh, Kreis Deutsch-Grone, die Schwerter, sowie die Schwerter am Ringe zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Johanniter-Kreuz am weißen Bande mit schwarzer Einfassung; dem Stabsarzt Scheller beim Medicinal-Stabe der Armee und dem Geheimen Rechnungsrath Dr. Dunder zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsrath Schneider bei der Ober-Rechnungs-Kammer zu Potsdam den rothen Adler-Orden 4. Klasse verliehen; den bisherigen Landrath des Kreises Ohlau, v. Brittwitz, zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren; so wie den Geheimen Regierungsrath Dr. Dunder zum Director der Staatsarchiv; desgleichen den Staatsanwalt Günther zum Kreisgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Lüh, Kreis Deutsch-Grone, die Schwerter, sowie die Schwerter am Ringe zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Johanniter-Kreuz am weißen Bande mit schwarzer Einfassung; dem Stabsarzt Scheller beim Medicinal-Stabe der Armee und dem Geheimen Rechnungsrath Dr. Dunder zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsrath Schneider bei der Ober-Rechnungs-Kammer zu Potsdam den rothen Adler-Orden 4. Klasse verliehen; den bisherigen Landrath des Kreises Ohlau, v. Brittwitz, zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren; so wie den Geheimen Regierungsrath Dr. Dunder zum Director der Staatsarchiv; desgleichen den Staatsanwalt Günther zum Kreisgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Lüh, Kreis Deutsch-Grone, die Schwerter, sowie die Schwerter am Ringe zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Johanniter-Kreuz am weißen Bande mit schwarzer Einfassung; dem Stabsarzt Scheller beim Medicinal-Stabe der Armee und dem Geheimen Rechnungsrath Dr. Dunder zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsrath Schneider bei der Ober-Rechnungs-Kammer zu Potsdam den rothen Adler-Orden 4. Klasse verliehen; den bisherigen Landrath des Kreises Ohlau, v. Brittwitz, zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren; so wie den Geheimen Regierungsrath Dr. Dunder zum Director der Staatsarchiv; desgleichen den Staatsanwalt Günther zum Kreisgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Lüh, Kreis Deutsch-Grone, die Schwerter, sowie die Schwerter am Ringe zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Johanniter-Kreuz am weißen Bande mit schwarzer Einfassung; dem Stabsarzt Scheller beim Medicinal-Stabe der Armee und dem Geheimen Rechnungsrath Dr. Dunder zum rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsrath Schneider bei der Ober-Rechnungs-Kammer zu Potsdam den rothen Adler-Orden 4. Klasse verliehen; den bisherigen Landrath des Kreises Ohlau, v. Brittwitz, zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktoren; so wie den Geheimen Regierungsrath Dr. Dunder zum Director der Staatsarchiv; desgleichen den Staatsanwalt Günther zum Kreisgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen-Grone, ernannt worden.

Frankreich.

Paris, 15. Juli. [In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] wurde das Budget des Finanzministeriums ohne Debatte angenommen und dann zur Discussion des Kriegsministeriums übergegangen, welche die Herren Garnier-Pagès und Jules Favre zur Besprechung der deutschen Frage benutzen wollten.

Garnier-Pagès sprach zuerst. Da derselbe in der letzten Zeit einige Reisen in Deutschland gemacht, so gilt er in dessen Angelegenheiten für eine Art Autorität, und seine Kollegen von der Opposition hatten ihm deshalb ein Bild von der Lage jenseits des Rheines, wie man hier zu sagen pflegt, zu entwerfen überlassen. Der Redner begann mit einem Nachgemalde von der Lage des Handels, der ungeachtet der Ausfällung, des Handelsdrückens der Fürsten und der verschiedenen Protestationen fast gänzlich darnieder liege. Die Kaufleute zauderten, Geschäfte auf lange Dauer zu unternehmen, die Schiffbaumeister bauten keine Schiffe und die Capitalisten, welche eine starke Delle hofften, legten ihr Geld an der Börse nicht an; der gesetzgebende

Körper dürfe sich deshalb nicht trennen, ohne daß diese Wollen durch offene Erklärung zerstreut würden, die auf die Länge ein Unglück für das Land werden würden. Alle diese Unruhe rühre aber von den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland her, da, wenn diese beigelegt würden, die der orientalischen Frage nicht von einem Augenblicke zum anderen hervortreten könnte. Die wahre Frage sei daher die Lage Deutschlands. Es handle sich also darum, zu erfahren, ob die Gemüther sich wegen der Volemilit der beiden Regierungen zu beunruhigen haben oder nicht. Die diplomatische Seite der Frage will Herr Garnier-Pagès Herrn Jules Favre überlassen und nur untersuchen, wie der öffentliche Geist in Deutschland ist, einem Lande, das der Rivale, aber nicht der Feind Frankreichs, und das mit England und Italien Frankreich helfen muß, die heilige Mission, den Fortschritt der Menschheit, zu erfüllen. „Deutschland will“, so fährt dann Garnier-Pagès fort, „die Einheit mit Leidenschaft; ob dies der französischen Politik bequiem ist oder nicht, die Thatsache muß man anerkennen und sich an sie gewöhnen. Ebenso wie Frankreich keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten dulden würde, ebenso wird Deutschland die Intervention der Gewalt in seine Geschäfte zurückweisen. Alle Parteien in Deutschland sind seit langer Zeit genötigt gewesen, sich dieser Leidenschaft zu fügen. Die Fortschritt-Partei, an deren Spitze die berühmtesten Männer stehen, wie Bismarck, Jacoby, hat die Traditionen von 1848 bewahrt. Wir müssen diese Traditionen um so mehr achten, als diese Partei die meisten Sympathien für Frankreich hat; sie will die Allianz mit Frankreich gegen die drohenden Rußlands. Auf ihrem Programme hat sie heute noch die Wiederherstellung Polens und die Freundschaft mit Rußland. Sie will die Einheit durch die Freiheit und nicht durch die Gewalt.“ Redner unterbricht, aus welchen Staaten Deutschland zusammengesetzt ist, und findet, daß der Nordbund, der aus 22 Staaten besteht, die zum Theil mit Gewalt zu denselben gezwungen wurden, der französischen Regierung keine Vorforgnisse einflößen kann. Nach einer breiten Wiederholung der Ansichten, die der Redner schon oft vorgelegt hat, und nach einem Ausfalle auf Herrn v. Bismarck, der die dänische Frage bloß darum noch nicht geregelt, weil er sich eine Thür zu neuen Beweidungen offen lassen wolle, und die Luxemburger Frage hervorgerufen (2), um das Nordparlament zu zwingen, in seinem Sinne zu stimmen, schließt er, indem er sagt, daß die nationale Ehre eines Volkes heute nicht mehr in der Vergrößerung seines Territoriums bestehe, sondern in der Beschützung der Schwachen und der Freiheit und in den Institutionen, welche sich ein Volk im Einklange mit seinen großen Institutionen gebe.

Jules Favre erhielt hierauf das Wort, da Rouher erst nach demselben sprechen will, um zugleich ihm und Garnier-Pagès zu antworten. Jules Favre unterbricht, nach welchen Principien Frankreich in der äußeren Politik eigentlich geleitet werde. „Wenn wir“, so meint Redner, „die Thatsachen unteruchen, so werden wir finden, daß die kaiserliche Regierung, welche die Moral und das Recht nicht zu ihrer Richtschnur genommen, zu der bedauerlichen Lage geführt worden ist, die, welche sie unterstützte, compromittirt und besetzt zu haben, während die, welche sie angrieff, durch die Schuld ihrer Politik größer wurden. (Widerspruch.) Hat die Regierung nicht 1863 proclamirt, daß das Recht auf Seiten der polnischen Insurrection sei? Ich will auf die Depeschen jener Zeit nicht näher eingehen, sondern nur an die erinnern, in welcher der Fürst Gortschakow am 26. September 1863 der europäischen Diplomatie einen so hochmüthigen Abschied erteilte. War seitdem unsere Haltung unserer Würde gemäß? Haben wir nicht neuerdings Thatsachen gesehen, welche eine vollständige Aenderung der Politik der Regierung in Bezug auf die polnische Frage andeuten? Ist es nicht wahr, daß der Czar in sein Land hat zurückkehren können, trotz der Hindernisse, die er in Frankreich empfing und die er seinem Volke als einen Beweis der Sympathie des Landes und dessen Regierung für Rußland hat vorstellen können? (Verschiedenartige Bewegung.) Sollte man denn so ganz in Frankreich die 200,000 nach Sibirien geschickten polnischen Familien und deren Verabreichung, die religiösen Verfolgungen, die überfallen, die 200 Millionen von Wita vergessen haben, die sich nächstlicher Weise flüchten mußten? Und während der Art alle göttlichen und menschlichen Rechte mit Füßen getreten wurden, sah sich der Kaiser von Rußland bei uns mit Ehren umgeben. Man läßt die Stirn Frankreichs sich vor ihm beugen. (Armdeute Unterbrechung auf diesen Worten, Beifall zur Linken.) Ja, Polen ist vollständig niedergeboren worden, seit unsere Regierung zu seinen Gunsten ihre Sympathie hat vernahmen lassen. In Mexico wurden die Moral und das Recht ebenfalls verlegt. Sind unsere Landesangehörigen dort nicht heute hundert Mal mehr in Gefahr? Ich will nicht weiter darüber sprechen, sondern nur an die Regierung eine Frage stellen. Ich habe gelesen, daß ein österreichischer Admiral die sterblichen Ueberreste in Mexico abholen, also eine fromme Mission erfüllen soll, welche Jedermann sympathisch ist. Was mich dabei beunruhigt, ist, daß diesen Admiral ein französischer General begleiten soll. Ich frage, welche Haltung soll ein französischer General bei einer solchen Frage einnehmen? Ich denke nicht, daß die französische Regierung beabsichtigt, an diejenigen, welche heute Mexico regieren, Anforderungen zu stellen, welche uns zu einem neuen Unternehmen hinreißten könnten. (Unterbrechung.) Man hat ferner gesagt, unser Gesandter in Mexico werde dort festgehalten und solle nicht anders freigegeben werden, als gegen Herausgabe eines mexicanischen Fährten. Solche Fragen lassen sich gar nicht prüfen. Sollte Frankreich darüber zu Grunde gehen, so könnte es eine solche Anforderung nur durch Ablehnen beantworten. (Sehr gut! Sehr gut!)

Der Staats-Minister: Sie haben sehr Recht.

Jules Favre: Aber es liegt damit eine delicate Situation vor, welche viel Klugheit und Zurückhaltung erfordert und für welche die Regierung auf die Mitwirkung der ganzen Kammer rechnen kann; denn wenn es sich um Fragen handelt, bei denen die Ehre Frankreichs und die Sicherheit seiner Diplomatie betheiligt ist, so wird es auf diesen Vänten niemals eine Opposition geben. (Neuer Beifall.) Jules Favre geht nun auf die diplomatischen Unterhandlungen betreffs Deutschlands über. „Es ist nicht kleinliche Eitelkeit“, meint er, „wenn ich daran erinnere, daß die ersten Protestationen zu Gunsten unseres alten Verbündeten Dänemark von der Opposition ausgegangen sind, weil sie schon den immer größer werdenden Ehrgeiz Preußens vorausah. Wir wurden nicht angeführt. Dänemark wurde nur durch eine Diplomatie, deren Bemühungen scheiterten, unterstützt. Es ist wahr, Frankreich protestirte gegen den Vertrag von Gastein. Derselbe wurde aber doch ausgeführt. Dann kam der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, und Sie werden sich erinnern, welche Sprache in diesem Augenblicke die Regierung führte. Sie verlangte die Verantwortlichkeit für sich allein. Sie wollte allein die Last auf sich nehmen. Uebrigens sehen wir, auf welche Weise sie sich nach den größten Niederlagen wegen ihrer Erfolge beglückwünschte. Man kündigte uns an, daß die Verträge von 1815 zerfallen werden würden, daß, wenn Preußen vergrößert, Oesterreich nicht vermindert werden dürfte. Als nun Sabowa kam, haben wir zwar Oesterreich mit unserem Schilde gedeckt, aber wir beugten uns zugleich vor dem Sieger, und das Circular vom 16. September erklärte Alles für ausgezeichnet, weil der Degen des Königs von Preußen die gegen uns gerichtete Conspiration vernichtet habe. Indes wurde die französische Nation, dieses stolze und kriegerische Volk, durch die vielen Vortheile, welche der Degen des Königs von Preußen errungen hatte, erregt; sie hatte dadurch gelitten, daß sie den Ereignissen fremd geblieben. Sie sah ein, daß ihr Prestige verringert war, daß ihre Sicherheit compromittirt sein konnte; damals ergrieff der Minister des Aeußern das Wort, und nachdem er einen Blick auf die Karte Europa's geworfen, erklärte er, daß die Vergrößerung Preußens die Unabhängigkeit Deutschlands sichere. Frankreich brauche deshalb keine Vorforgnisse zu haben. Ein dauerhafter Friede werde aus dieser Umgestaltung hervorgehen. Diese Sprache wurde bei der Session vom Kaiser bestätigt, und der Minister sei sein Vertreter, versicherte derselbe. Er sagte, Frankreich habe nichts zu befürchten. Wohin denn, im Augenblicke, wo diese Worte öffentlich ausgesprochen wurden, wußte man in der diplomatischen Welt, daß diese Hoffnungen von den Thatsachen vollständig dementirt wurden; man befürchtete den Krieg und verlor die Unterhandlungen, welche ihn hervorgerufen konnten. Es scheint, daß sich von Luxemburg her ein Schatten gezeigt hatte. Ich glaube nicht, daß eine geographische Schwäche ihn am 16. September Luxemburg veranlassen ließ.“ Jules Favre geht nun die dem Selbstbuche der öffentlichen Depeschen durch, um zu beweisen, daß die Regierung der Kammer die Wahrheit verschwiegen habe und sie es gewesen ist,

welche den Luxemburger Verlauf in Anregung gebracht. Er glaube nicht, daß sie wirklich den Krieg habe herbeiführen wollen, und er mache ihr daraus keinen Vorwurf, aber er werfe ihr vor, in ihren Beziehungen mit den fremden Regierungen nicht die Aufrichtigkeit und den Ernst, die ihre Würde erheische, mitzubringen. Jules Favre erkennt an, daß die Regierung dadurch, daß sie die Räumung Luxemburgs erlangte, einen diplomatischen Sieg errungen; er misachte denselben nicht, aber er finde den Preis desselben, 158 Millionen, zu hoch. Was ihn betrifft, so ist er jedoch weit davon entfernt, sich über diese Tendenzen zu betrüben und er sieht ein gutes Zeichen für die Zukunft darin, daß, wie auch der französische Minister gesagt, der Congreß dem Kriege vorausgegangen sei, statt ihm zu folgen. Favre schließt mit den Worten: „Man redet immer von Vertrauen, fordert Sie auf, sich der Regierung in die Arme zu werfen. Vertrauen! Während wir aber Ruinen schreiten, von Schlapp- zu Schlapp wandeln, während wir in Deutschland einen uns bedrohenden Zustand sich befestigen lassen! Vertrauen! Wollten Sie es zugeben, es wäre mehr als ein Fehler, es wäre ein Verbrechen. Sie, meine Herren, sind die Nation, Ihnen gebührt die wahre Leitung der Landes-Angelegenheiten. Ohne dieses sind wir von einer mexicanischen Expedition in Europa bedroht, um hier eine Ausgleichung für die in America zu suchen, und wenn Sie abwarten, um sie zu verhaften, wird es am Tage der Neue zu spät sein.“ (Sehr gut! Beifall zur Linken.)

Staats-Minister Rouher ergreift hierauf das Wort. Er protestirt zuerst gegen die letzten Worte Jules Favre's, daß die Regierung immer einen Aufruf an das Vertrauen der Kammer erlasse und sie dieses Vertrauen nicht verdiene. Die Debatte, die vorliege, gestatte solche Betrachtungen nicht. Ein ernster diplomatischer Zwischenfall sei eingetreten. Ein diplomatischer Sieg sei demselben gefolgt, wie Herr Jules Favre selbst gesagt und die diplomatischen Actenstücke seien der Kammer vorgelegt worden. Herr Jules Favre habe dieselben geprüft, er wolle es auch thun; die Kammer könne dann entscheiden; man verlange von ihr kein blindes Vertrauen, sondern eine logische und vollständige Prüfung der Angelegenheit. Rouher antwortet dann einige Worte auf die Rede des Herrn Garnier-Pagès. Er erklärt sich mit den friedlichen Conclusionen derselben einverstanden, aber er will nicht zugeben, daß dem Kriege immer der Despotismus folge. Nach Solferino habe man die Amnestie und das Decret vom 24. November erhalten. Zugleich habe der italienische Krieg die Unabhängigkeit eines Nachbarvolkes gesichert.

Glaiz-Bizoin: Und das erste Kaiserreich!

Auf die Rede Jules Favre's übergehend, protestirt Rouher zuerst gegen die Behauptung, daß die einzige Richtschnur der Regierung die Gewalt sei. Eine fünfzigjährige Regierung beweise, daß dies eine falsche und unbegründete Anlage sei. Was die polnische Angelegenheit anbelange, so sei Frankreich in derselben nicht allein handelnd aufgetreten. Drei Großmächte hätten sich geeinigt gehabt, um Rußland an die früheren Verträge zu erinnern. Diese Schritte seien ohne Erfolg geblieben. — Werfen Sie uns vor, daß wir nicht Krieg geführt haben? Sie selbst haben constatirt, daß wir damit die Interessen Frankreichs aufgegeben haben würden. Wir haben uns also mit Recht zurückgehalten. Und jetzt, nachdem diese Frage zu Ende gebracht ist, sollen wir alle Beziehungen zu einem großen Reiche abbrechen zum Nachtheile aller Interessen Frankreichs? Liegt nicht etwas Fremdartiges in dem Vorwurfe, daß wir einen Gast Frankreichs höflich empfangen haben? Ja, der Kaiser von Rußland hat eine außergewöhnliche Aufnahme bei uns gefunden: aber wann traten diese Ovationen hervor? Als er an der Seite unseres Souveräns die ungeheure Gefahr eines belagerten Werthen Attentates lief. (Sehr gut!) Man interpellirt uns wegen Mexico's und fragt, ob wir einen General dorthin abgesandt haben. Nein. Seit lange war Herr Dano beauftragt, seine Flagge einzuziehen, sobald Maximilian aufhöre, Kaiser zu sein. Er sollte dann seine Pässe verlangen und nach Europa zurückkehren. Man hat von einer Stipulation gesprochen, nach der wir einen mexicanischen Flüchtling herausgeben sollten, um Herrn Dano zu befreien. Die Regierung hat keine offizielle Kenntniss von einem solchen Vorschlage und sie steht nicht an, zu erklären, daß eine solche Bedingung weder einer Besprechung noch einer Prüfung bedarf. (Beifall zur Linken.) — Der Minister geht nun zur deutschen Frage über. Er sucht zu beweisen, daß die Luxemburger Frage durch den Großherzog selbst angeregt worden sei, welcher nach der Auflösung des deutschen Bundes die Räumung der Festung durch die Preußen verlangt habe. Preußen habe die betreffenden Reclamationen unberücksichtigt gelassen und mit Stillschweigen geantwortet. Frankreich, welches die preussische Empfindlichkeit nicht erregen wollte, habe sich einer jeden Einmischung enthalten. Am 20. Februar habe sich dann Holland an Frankreich gewandt. Rouher geht nun die bekannten Ereignisse durch und sucht zu beweisen, daß, als er in der Kammer verhandelte, es bestanden keine Depeschen, die die volle Wahrheit gesehen, da bis dahin diese Angelegenheit nur in vertraulicher Weise mit dem französischen Minister im Haag verhandelt worden sei. Rouher kommt dann zu dem Augenblicke, wo die Luxemburger Angelegenheit in Preußen bekannt geworden ist. Er constatirt die Aufregung, die dadurch hervorgerufen worden sei. Die preussischen Blätter hätten erklärt: daß Preußen nicht nachgeben könne, daß ein Duell zwischen ihm und Frankreich unvermeidlich sei und daß dasselbe sofort stattfinden müsse, denn Preußen sei bereit und Frankreich nicht. — In diesem Augenblicke, sagt hier der Minister hinzu, gelangte die Regierung, welche sich einer energischen Thätigkeit überließ, zu der Summe von 158 Millionen. — Nachdem der Minister constatirt, daß Frankreich sofort den Antrag Preußens in Betreff des Zusammentritts eines Congresses angenommen, fährt er fort: Setzen die Großmächte einen Zweifel in unsere friedlichen Absichten und in die Loyalität unserer Erklärungen? Herr Favre sprach jedoch von dem Briefe einer großen Souveränin. Der Brief hat seine Richtigkeit. Aber an wen war dieser dringende Ruf gerichtet, an den König von Preußen oder an den Kaiser der Franzosen? Die Königin richtete sich dorthin, wo die Gefahr drohte. In Paris bestand kein Widerstreben, aber in Berlin, wo gewisse patriotische Begierden, gewisse kriegerische Gelüste obwalteten. Die Königin schrieb an den König Wilhelm.

Berger: Das war zwischen ihr und dem königl. Hause von Preußen eine Familien-Angelegenheit.

Der Staats-Minister: Glauben Sie, daß nach den ersten Mittheilungen an den gesetzgebenden Körper die Pflicht der französischen Regierung es nicht gebot, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen? Konnte, nachdem einmal die Räumungsfrage gestellt war, Frankreich zurückgehen? Die preussische Regierung schien unser legitimes Verlangen abzulehnen. Darauf hin verdoppelten wir unsere Ausgaben und Vorbereitungen, wir thaten Alles, um uns den Sieg, wenn es sein mußte, zu sichern. (Sehr gut! Beifall.) Ah, wenn wir unthätig geblieben wären, mit welcher bitteren Worten würden Sie, die Sie uns heute kritisieren, überschüttet haben! (Neuer, lebhafter Beifall.) Die Konferenz trat zusammen, der Vertrag ward gezeichnet, und der Weltfriede scheint gesichert. Was sagt dieser Vertrag? Er proclamirt die Neutralisirung Luxemburgs und die Räumung der Festung seitens der preussischen Truppen, die dort 50 Jahre lang garnisonirt hatten.

Rouher geht nun noch näher auf die Bemerkungen des Herrn Jules Favre gegen das Auftreten in dieser Sache ein und sucht sie zu widerlegen. Er protestirt nochmals dagegen, daß die Regierung die Kammer habe täuschen wollen, und weist den Vorwurf zurück, den man der Regierung mache, wegen einer lächerlichen Frage Europa in Unruhe versetzt zu haben. Nachdem man einmal die Räumung Luxemburgs verlangt, habe man nicht zurücktreten können. Unser Einfluß würde sonst eine ernste Niederlage erlitten haben. „Wir haben“, meint der Minister hier, „die Räumung erlangt. Ist dies ein so geringes Resultat? Fragen Sie die preussische Regierung. Sie hat lange überlegt, ehe sie nachgab. Die Festung Luxemburg ist heute keine drohende Position mehr für uns. Der Parteiliche läßt Sie dieses Resultat verschmähen, aber Europa hat es als eine Folge unserer Klugheit, unserer Festigkeit geschätzt und hat uns von der ersten bis zur letzten Stunde von dem Gefühl der Friedensliebe besetzt gesehen. Diesem Gefühle hat Herr Favre selbst sein Recht widerfahren lassen. Unsere Festigkeit hat erstens erlangt. Ich will sie nicht übertrieben. Man darf Preußen gegenüber nicht den Triumphator spielen. Nein, unsere Politik ist eine Politik der Ruhe und Mäßigung. Wir haben verlangt, was wir für Recht hielten, und unser Erfolg muß, statt eine Ermahnung hervorzurufen, ein Element der Eintracht und des Friedens werden. (Sehr gut!) Und nun eine letzte Betrachtung. Die Herren Favre und

*) Wir können uns hier mit der Auffassung unseres geehrten Herrn Correspondenten nicht einverstanden erklären; das bloße Abdrucken einzelner Fachmänner aus den neuen Landestheilen erscheint uns nicht genügend. D. Red.

